

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

26.3.1930 (No. 73)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 553
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. K. v. d.
L. K. K.

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 36 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Sechstel Breite. Mehrere und Gebilde frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Reklamerrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zumal bei der Einreichung und Kontostandverfahren fällt der Redaktion fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Währungsbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckstücke und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Bergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentraldruckverlag für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Fleischsteuer

Durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. März 1930 — Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 17 — ist der Zeitpunkt für das Außerkrafttreten des Fleischsteuergesetzes, das ursprünglich auf den 1. April 1930 erfolgen sollte, auf den 1. April 1932 festgesetzt worden. Die Fleischsteuer gelangt daher im bisherigen Umfang bis zum 1. April 1932 auch weiter zur Erhebung. Wie wir der Begründung des Gesetzes entnehmen, wäre bei einer Aufhebung des Fleischsteuergesetzes am 1. April 1930 für die nächsten zwei Jahre voraussichtlich eine entsprechende Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer zur Deckung des Ausfalls an Fleischsteuereinnahmen nötig geworden.

Meinheit für den Youngplan in Frankreich

Morgen Beginn der Kammerdebatte

PARIS, 26. März. (Priv.-Tel.) Die französische Kammer wird morgen, Donnerstag, vormittag mit der Beratung des Gesetzesentwurfs zur Ratifizierung des Youngplans beginnen.

Zu der Debatte haben sich schon 16 Redner zum Wort gemeldet, woraus man schließen darf, daß frühestens Mitte nächster Woche die Abstimmung erfolgen kann. Ihr Ergebnis ist nicht zweifelhaft. Für die Ratifizierung wird sich eine Mehrheit finden, auch dann, wenn das Verhalten der Radikalen und der Marin-Gruppe mit den rechts von ihr stehenden Anhängern noch Überraschungen bringen sollte.

Die Lage hat sich nämlich infolgedessen geklärt, als die Sozialisten gestern beschloßen haben, für die Ratifizierung zu stimmen, auch dann, wenn Ministerpräsident Laval die Vertrauensfrage stellen sollte. Die Marin-Gruppe hat ihren Mitgliedern die Abstimmung freigegeben. Es können also beliebig viele Anhänger dieses Mannes, der selbst in der Debatte das Wort ergreifen wird und in derselben energischen Weise wie feinerzeit gegen das Locarno-Abkommen auch gegen den Youngplan und die Rheinlandräumung sprechen dürfte, für oder gegen die Ratifizierung Stellung nehmen. Die Radikalen, die gestern gestagt haben, haben noch keine Entscheidung getroffen; sie wollen sich erst heute schlüssig werden. Es scheint nun, daß eine Einigung über eine einseitige Stellungnahme nicht zustande kommen, daß Fraktionszwang nicht geübt werden wird, daß zum wenigsten eine starke Minderheit für die Ratifizierung stimmen wird. An der Ratifizierung selbst ist also nicht zu zweifeln.

Besprechungen über das Reichsehrenmal

Der Rheinlandschluß zur Schaffung eines Reichsehrenmals ist am Samstag im Koblenzer Rathaus zu einer vertraulichen Besprechung zusammengetreten, an der u. a. Oberpräsident Dr. Fuchs, Landesbauplaner Dr. Sorion, die Oberbürgermeister verschiedener rheinischer Städte und die an dem Projekt interessierten Künstler teilnahmen. Nach eingehenden Erörterungen über die einzelnen für den Rhein in Frage kommenden Reichsehrenmalpläne ergab sich, wie verlautet, Einstimmigkeit für die Errichtung eines Reichsehrenmals auf Ehrenbreitstein. Natürlich ist damit noch nicht das letzte Wort gesprochen. Nach der Aussprache folgte eine eingehende Besichtigung des Ehrenbreitsteins. Wie es heißt, soll auch das Gebiet von Lorch besichtigt worden sein.

Das deutsche Alphabet in den elbischen Schulen

Das Amtsblatt der französischen Unterrichtsverwaltung veröffentlicht ein Rundschreiben des Rektors der Straßburger Universität in seiner Eigenschaft als Direktor des öffentlichen Unterrichts über die Unterweisung im Lesen und Schreiben des deutschen Alphabets beim deutschen Sprachunterricht. Die Frage wird in den Pädagogentreffen des Landes schon längere Zeit erörtert. Der Rektor entscheidet nun, daß trotz der unzulänglichen Erleichterung des Unterrichts der Gebrauch der deutschen Schreib- und Druckchrift weiter gelehrt werden soll. Aber die Lehrer, die diese Unterweisung in den ersten Schuljahren als hinderlich empfinden, sollen befreit sein, sie auf die drei letzten Schuljahre zu verschieben. Es wird auch festgestellt, daß in der Praxis der Gebrauch der deutschen Schrift immer mehr abnehme.

Ein polnischer „Hauptmann von Köpenick“

WARSAU, 26. März. (Priv.-Tel.) In Posen erschien gestern Nacht in der Kaserne des 57. polnischen Inf.-Regts. beim Inspektionsoffizier ein General der Infanterie in Begleitung eines Majors und gab Befehl, das Regiment sofort in Alarmzustand zu setzen. Da der General aber keine den Vorschriften vollkommen entsprechende Uniform trug, hat der diensthabende Offizier um das Vorzeigen von Legitimationen. Als sich die beiden nächsten Gäste nicht legitimieren konnten, ließ sie der Inspektionsoffizier verhaften.

Wahrscheinlich konnte noch nicht festgestellt werden, zu welchem Zweck die beiden Abenteuerer, die jede Auskunft verweigern, das Regiment alarmieren wollten.

Das deutsch-ameritanische Zahlungsabkommen wurde im Finanzausschuß des Repräsentantenhauses angenommen.

Letzte Nachrichten

Keine Verständigung über die Steuervorlagen Neue drohende Krise

BR. Berlin, 26. März. (Tel.) Da die nächtliche Besprechung der Parteiführer der Regierungsparteien beim Reichsfinanzminister zu einer Verständigung über das Finanzprogramm nicht geführt hat, ist die für heute vormittag anberaumte Sitzung des Steueraus-schusses, in der die Steuervorlagen beraten werden sollten, abgesagt worden, ohne daß bisher ein neuer Termin festgesetzt ist.

Die Lage hat sich seit gestern erheblich verschlechtert und wird in den politischen Kreisen als außerordentlich ernst betrachtet. Es werden allerhand Möglichkeiten erwähnt, die sogar im Laufe des heutigen Tages eintreten könnten. So wird von einem Ausscheiden der beiden völksparteilichen Minister gesprochen, das aber zweifellos den Rücktritt des gesamten Kabinetts zur Folge haben würde. Es wird auch davon gesprochen, daß ein Kabinett auf unpolitischer Grundlage geschaffen werden könnte, wobei verschiedene Persönlichkeiten, auch aus dem Militär genannt werden. Angeblich wird das zurückgeführt, auf ein Unterhalten, die gestern der völksparteiliche Parteiführer Dr. Schulz mit dem Reichspräsidenten gehabt hat. Man darf aber augenblicklich sich nicht einem übertriebenen Pessimismus hingeben, zumal noch immer Möglichkeiten zu einer normalen Regelung bestehen.

Augenblicklich sind die Fraktionen der Regierungsparteien zu Sitzungen zusammengetreten, von deren Ergebnis die Entscheidung abhängen wird. Um 4 Uhr treten dann die Sachverständigen der Regierungsparteien zu neuen Beratungen zusammen, denen am späteren Abend eine weitere Besprechung mit dem Reichsfinanzminister folgen soll. Voraussetzung für diesen Gang der Dinge ist natürlich, daß bis dahin keine Überbereitungen geschehen.

Erhöhung des Schweinezolls

M. Berlin, 26. März. (Priv.-Tel.) Durch Verordnung vom 19. März mit Wirkung vom 28. März sind die Zölle für Schweine, und zwar für den Doppeltentner Lebendgewicht, von 18 auf 27 RM erhöht worden.

Kein neuer Berliner Skandal

BR. Berlin, 26. März. (Tel.) Durch die Presse gehen Mitteilungen über die Aufhebung angeblicher neuer schwerer Unregelmäßigkeiten im Grundstücksbezirksamt der Stadt Berlin. Insbesondere wird behauptet, außer dem noch immer in Lugano weilenden Stadtrat Busch, dem Leiter des Berliner Grundstücksbezirksamts, habe der Direktor der Städtischen Gesellschaft „Berolina“, Golde, die Stadt in schwerster Weise geschädigt. Von zuständigen Stellen wird hierzu erklärt, daß ein bereits im Herbst eingeleiteter Untersuchungsausschuß festgestellt, daß Direktor Golde sich nicht habe betrogen lassen. Auch sonstige Unregelmäßigkeiten irgendwelcher Art seien bisher nicht ermittelt.

Ein Rotetrot auch in Frankreich

PARIS, 26. März. (Tel.) Da sich die Unmöglichkeit, das Budget rechtzeitig zu verabschieden, bereits jetzt herausstellt, wird die Regierung am Freitag in der Kammer die Bewilligung eines provisorischen Budgetzweifels beantragen. Die Regierung ist damit zu einem Verfahren gezwungen, das sie durchaus vermeiden wollte.

Keine Klärung der Angelegenheit Kutzepoff

PARIS, 26. März. (Tel.) Die von verschiedenen Blättern gemeldeten unter Eid gemachten Aussagen einer Dame der höchsten russischen Gesellschaft, die aus nächster Nähe von Cabourg der Verschleppung des Generals Kutzepoff beigewohnt haben will, werden von den Bewohnern der Gegend angezweifelt. Weder könne, so behaupten sie, ein Auto wegen der zerklüfteten felsigen Gegend nahe ans Meer fahren, noch könne ein Motorboot von der Seeherge her wegen der Klippen sich der Küste nähern. Die Angelegenheit Kutzepoff bleibt also nach wie vor dunkel.

Ein Experiment Marconis gelungen

BR. Sydney, 26. März. (Tel.) Das Experiment Marconis, die Lampen der hiesigen elektrotechnischen Ausstellung von seiner vor Genua liegenden Nacht „Electra“ aus anzuzünden, ist vollkommen gelungen. Die von der „Electra“ ausgesandten Wellen wurden in Dordrecht aufgefängt und von Grimshy drahtlos nach Australien übertragen. Sie wurden in Victoria aufgenommen und nach dem Rathaus von Sydney weitergeleitet, wo die 3000 elektrischen Lampen hell aufleuchteten. Mehrere Journalisten traten von Marconis Nacht aus mit Kollegen in Sydney in Verbindung.

*Regierungsparteien und Finanzprogramm

Pläne Moldenhauers

Gestern abend sind unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers die einzelnen Punkte des Finanzprogramms mit den Parteiführern gründlich beraten worden. Die Parteiführer erörterten heute vormittag ihren Fraktionen Bericht, und heute nachmittag um 4 Uhr werden die Verhandlungen fortgesetzt. Eine Einigung konnte noch nicht erzielt werden, obwohl das Zentrum mit allem Nachdruck einen Abschluss der Verhandlungen verlangt hat, und obwohl in den nächsten Tagen das Reichsfinanz- und Steuerprogramm unter Dach und Fach gebracht werden muß, da sonst der Etat sozusagen in der Luft hängt. Man hat in Berlin den Eindruck gewonnen, daß das Zentrum entschlossen ist, aus einer weiteren Verzögerung die Konsequenzen zu ziehen, daß heißt, seine Minister aus der Koalition zurückzuziehen.

In den Besprechungen, die am gestrigen Nachmittag zwischen dem Reichsfinanzminister und den Finanzsachverständigen der Koalitionsparteien stattgefunden haben, ist von neuem klar geworden, daß zumal die Ansichten der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie doch in einzelnen Punkten recht weit auseinandergehen, und zwar besonders in der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung. Was die Steuerentlastungen betrifft, so vertritt die Deutsche Volkspartei die Forderung, daß mindestens 700 Millionen von der jetzigen Steuerbelastung abgezogen werden müßten. Der Reichsfinanzminister hat erklärt, daß er vor allem bei der Gewerbesteuer eine wesentliche Senkung für möglich halte, die Kapitalertragsteuer könnte am 1. Januar aufgehoben werden, und auch bei der Kapitalverkehrssteuer könnte eine Ermäßigung eintreten.

Zu dem Punkt Arbeitslosenversicherung hat, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer gestern ganz bestimmte Vorschläge und Richtlinien mitgeteilt. Danach soll ein ganz bestimmter Zuschuß aus Reichsmitteln alljährlich festgesetzt werden für den Fall, daß der Bedarf der Versicherung aus den Beiträgen und aus dem Notstock nicht völlig gedeckt werden kann. Der Reichszuschuß für das Rechnungsjahr 1930 sollte 150 Millionen betragen. Der Vorstand der Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung habe die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen; demgemäß könne er unter Umständen auch die Erhöhung der Beiträge beschließen, und zwar mit der Mehrheit der Stimmen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, die dem Vorstand angehören. Dagegen hätten die Vertreter der öffentlichen Körperschaften bei dieser Beschlussfassung nicht mitzuwirken. Beschlüsse der Vorstand innerhalb einer von der Reichsregierung bestimmten Frist die zum finanziellen Ausgleich notwendigen Maßnahmen nicht, so habe die Reichsregierung von sich aus darüber Beschluß zu fassen.

Wie gemeldet wird, sollen sowohl die Deutsche Volkspartei wie auch die Sozialdemokratie — jede Partei von ihrem Standpunkt aus mit einer anderen Begründung — mit diesen Richtlinien nicht einverstanden sein. Wenn dabei in einer Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die allgemeine Auffassung dahin formuliert wurde, daß die Partei keiner Regelung zustimmen werde, die einen Abbau der Leistungen vorsieht, so darf man sagen, daß wohl von keiner Seite an einen Abbau der Leistungen als solchen gedacht wird, und daß es sich bei den Klagen nach Reform nur um die Beseitigung von Auswüchsen handelt, an denen ja niemand ein Interesse hat, weil sie unnötige Belastungen mit sich bringen und eine Zahlung von Unterstützungen dort ermöglichen, wo sie nach genauer Prüfung der Verhältnisse gar nicht nötig ist.

Es ist möglich, daß sich schon heute nachmittag eine gewisse Klärung herbeiführen lassen wird. Drei Möglichkeiten sind gegeben. Entweder einigen sich die Koalitionsparteien, und dann ist wohl an einer raschen Annahme der Reichsfinanzreform nicht mehr zu zweifeln, oder die Reichsregierung stellt sich mit ihrem Programm dem Reichstag selbst „in offener Feldschlacht“ und läßt es auf die Abstimmung ankommen, oder eine Partei zieht sich, wenn die Einigung heute nicht erreicht wird, aus der Koalition zurück, eine Handlung, die die Regierungskrisis heraufbeschwören würde. Was dann zu geschehen hätte, ist eine andere Frage.

Mit der Beilage 33. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Am letzten Sonntag hat Dr. Moldenhauer in Mannheim auf der Tagung des Badischen Fachauschusses für Handel und Industrie eine Rede gehalten, die deshalb interessant ist, weil sie in zusammenfassender Form über die Pläne des Reichsfinanzministers Aufschluß gibt. Er hat betont, daß er bei seinem Amtsantritt einen Trümmerhaufen vorgefunden habe, und daß es ihm gelungen sei, die Ultimatschwierigkeiten des Reichs jetzt schon aus der Welt zu schaffen. Der Zustand, daß die öffentliche Hand dauernd den Kredit der Banken in Anspruch nahm, habe eine Beunruhigung des Kapitalmarktes, eine Verknappung der Mittel, ein Steigen des Zinsfußes, also die unangenehmsten Wirkungen für die Wirtschaft zur Folge gehabt. Schon jetzt sei nach Behebung der Ultimatschwierigkeiten und nach Annahme des Youngplans damit zu rechnen, daß wieder mehr ausländisches Kapital zu uns hereinströmt.

Um dauernd über die Kassenschwierigkeiten hinwegzukommen, müsse man im Etat einsparen und die Arbeitslosenversicherung organisatorisch umbauen. Was die Länder und Gemeinden betrifft, so seien sie in einer sehr schwierigen Lage, über die er (Dr. Moldenhauer) auch kürzlich mit dem badischen Finanzminister gesprochen habe. Am gefährlichsten seien die Ausgaben der Gemeinden. Hier müsse eingegriffen werden in der Form eines Gehaltenschnittes, wonach die großen Gemeinden zur Rechnungsablegung vor dem Reichsrechnungshof gezwungen sind. Im Reichsfinanzministerium werde zur Zeit ein Vorschlag für Senkung der Gewerbesteuer ausgearbeitet. Die Senkung der Einkommensteuer sei ja schon seit längerer Zeit geplant. Verhandelt werde mit der Reichsbahn über die Frachttarife. Eine Tarifierhöhung müsse verhindert werden. An eine Weinsteuerveränderung werde in Berlin nicht gedacht, da der deutsche Weinbau so sehr daniederliege, daß er keine weitere Besteuerung ertragen könne. Man wolle namentlich diese letzte Mitteilung in unserem badischen Lande mit großer Genugtuung begrüßen.

Passive Kriegsschuldenbilanz Englands

In einer schriftlichen Beantwortung der Anfrage eines Unterhausmitgliedes erklärt Schatzkanzler Snowden, daß die Gesamtsumme der an die Vereinigten Staaten geleisteten englischen Kriegsschuldenzahlungen am Ende des laufenden Finanzjahres 279 478 000 Pfund Sterling beträgt. Demgegenüber wird England rund 98 Millionen auf Reparationskonto und 48 825 000 Pfund Sterling von seinen alliierten Schuldnern erhalten haben. Die Gesamteinnahmen, so erklärt Snowden weiter, bleiben demnach mit über 132 Millionen hinter den Gesamtzahlungen zurück. Dieser Fehlbetrag erhöht sich auf fast 200 Millionen, wenn auch die Zinsen der geleisteten und empfangenen Zahlungen in Rechnung gestellt werden.

Kurze Nachrichten

Reichsbaupräsident Dr. Luther macht zur Zeit eine Rundreise, die ihn nach Rom, Paris, London und Brüssel führt, um vor Antritt seines Postens den Leitern der Emissionsbanken einen Besuch abzustatten.

Hilfer Präsidentschaftskandidat? Zu den Meldungen über Bemühungen Hitler, deutscher Reichsangehöriger zu werden, hört die „D. N. Z.“ von „gut unterrichteter Seite“, daß der Wunsch Hitler hauptsächlich auf der Absicht beruhe, bei der nächsten Präsidentschaftswahl sich als Kandidat aufstellen zu lassen. Hitler habe inzwischen das in der Verfassung vorgeschriebene 35. Lebensjahr vollendet, muß aber als Präsidentschaftskandidat die Reichsangehörigkeit besitzen.

Oberbürgermeisterwahl in Solingen. Nachdem die Wahl des kommunistischen Stadtverordneten Weber zum Oberbürgermeister von Groß-Solingen vom preussischen Staatsministerium nicht bestätigt worden war, hatte sich die Stadtverordnetenversammlung am Dienstag erneut mit dieser Frage zu beschäftigen. Im zweiten Wahlgang erfolgte die Wiederwahl Webers, der 26 Stimmen erhielt.

Die Regierungsbildung Symanski in Polen ist gescheitert, da die Sprecher der oppositionellen Mehrheit, d. h. Links-Zentrum, Nationaldemokraten und der Minderheiten, erklärten, daß sie die von Marschall Pilsudski gestellten Bedingungen nicht annehmen könnten.

Die Rekordfahrt der „Europa“

Die Überfahrt der „Europa“ über den Atlantik ging in 4 Tagen 17 Stunden 6 Minuten vor sich, war also 36 Minuten schneller als die erste Fahrt der „Bremen“, deren beste Zeit die „Europa“ um 18 Minuten schlug. Dabei hatte das Schiff mit bedeutend rauherer See und außerdem stärkeren Gegenwinden zu kämpfen als die „Bremen“ auf ihrer Jungfernfahrt. Die schnellste Fahrt legte das Schiff am Montag zurück, an dem es in 24 Stunden eine Stundengeschwindigkeit von 28,6 Knoten erreichte. Die Durchschnittsgeschwindigkeit des Dampfers „Europa“ während der ganzen Überfahrt betrug 27,91 Knoten gegen 27,72 des Dampfers „Bremen“ auf seiner ersten Reise. Unter dem Sirenengeheul der Dampferfahrzeuge glitt das gewaltige Schiff in den New-Yorker Hafen und legte am Dienstag gegen 10 Uhr früh (amerik. Zeit) am Brodlyner Landeplatz an. Das Interesse in New York für das Schiff, dessen Fahrt in der Presse mit allen Einzelheiten und mit Niesenüberschriften beschrieben wird, ist ungeheuer.

Die Trichinosepidemie in Stuttgart und ihre Ursache

Wie jetzt feststeht, stammte das in einer Stuttgarter Gastwirtschaft zum Verkauf gekommene Wärenfleisch aus einer kleinen Menagerie, die in den letzten Monaten in Mannheim in einer Gastwirtschaft für den Winter Aufenthalt genommen hatte. Der Besitzer hatte die Absicht, die Menagerie aufzugeben, da sie sich nicht mehr rentierte. Ein kleiner dreijähriger Eisbär wurde von Käufern aber immer wieder abgelehnt, da ihm ein Auge fehlte, das er bei einer Dressurübung eingebüßt haben sollte. Der Besitzer des Bären kam auch nach Stuttgart, wo er den ihm bekannten Wirt des „Königshofes“ fragte, ob er nicht den Eisbären für 30 RM kaufen wolle. Der Wirt war damit einverstanden, und er beauftragte zwei Stuttgarter Jäger, nach Mannheim zu fahren und den Eisbären zu erschießen. Das geschah auch. Ein Teil des Fleisches wurde im „Königshof“ zu Stuttgart als Braten zubereitet, verworfen usw., ein anderer Teil in Salzlake gelegt und dann als Wärenfleisch verkauft. Offenbar waren in diesem Wärenfleisch die Trichinen unvollständig oder gar nicht abgetötet worden.

Annahme der Agrarzölle im Reichstag

Auch das Maismonopol angenommen

Der Reichstag hat am Dienstagmorgen die von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwürfe auf Erhöhung der Agrarzölle und auf Errichtung eines Maismonopols in dritter Beratung angenommen und damit das aktuelle Agrarproblem schneller gelöst, als es möglich gewesen wäre, wenn die Regierung selbst ihre Vorlagen eingebracht und auf dem Wege durch die verfassungsmäßigen Instanzen geschickt hätte.

Die dritte Beratung am Dienstag verlief nicht ohne dramatische Spannung. In zweiter Beratung war am Montag das Maismonopol nur mit Hilfe der Deutschnationalen und der Bauerngruppen angenommen worden, denn diese von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der Paritätischen Volkspartei eingebrachte Vorlage wurde von den meisten Demokraten nicht gebilligt und von der Deutschen Volkspartei und der Bauerngruppen nicht bekämpft. Im Laufe der Dienstagssitzung wurde bekannt, daß die Deutschnationalen und die Bauerngruppen nun der Regierung ihre Hilfe versagten und gegen das Maismonopol stimmen wollten. Für das Monopol wäre dann die nötige Mehrheit nicht vorhanden gewesen.

In dieser Situation sah sich Reichsernährungsminister Dietrich genötigt, schweres Geschick aufzuführen, um die lückenlose Agrarvorlage zu retten. Er erklärte, das Maismonopol betrachte er als einen so wichtigen Bestandteil des gesamten Hilfsvertrages für die Landwirtschaft, daß er bei Ablehnung des Monopols den Rest der Vorlage nicht vor dem Reichsrat vertreten werde. Der Minister stellte geradezu die Kabinetsfrage, indem er unter Apoptrophierung der Gegner im Lager der Regierungsparteien mit erhobener Stimme erklärte, bei einer Ablehnung des Maismonopols werde er die notwendige Konsequenz ziehen und die Verantwortung jenen überlassen, die eine solche Entscheidung herbeigeführt haben.

Mit besonderer Spannung wurde nach der Ministererklärung die dann folgende Rede des deutschnationalen Abg. Schiele erwartet. Abg. Schiele erklärte, die Deutschnationalen würden die Vorlage als unzulänglich ablehnen, aber beim Maismonopol sich der Stimme enthalten. Damit war, wie die spätere Abstimmung ergab, das Maismonopol gesichert und die Opponenten im Lager der Deutschen Volkspartei und der Demokraten konnten nun mit Nein stimmen, ohne das Scheitern der Vorlage und den Sturz des Reichsernährungsministers damit zu riskieren.

In der namentlichen Abstimmung wurde das Maismonopol mit 195 gegen 122 Stimmen bei 78 Stimmenthaltungen angenommen. Bei den Zolländerungen für Getreide betrug die Mehrheit 260 gegen 126 Stimmen bei 10 Enthaltungen. Mit ähnlichem Stimmenverhältnis wurden auch die Zolländerungen bei Weizen und Hafer angenommen. Größer war die Mehrheit bei den Zolländerungen für Mais, Kartoffeln, Wehl, Kleie und Zucker, weil hier auch die Rechte zustimmte bzw. Stimmenthaltung übte. Angenommen wurde schließlich, wie in der zweiten Lesung, der Antrag der Regierungsparteien auf Ausgleich von Härten infolge Erhöhung des Kaffee- und Teezollens.

Auf der Tagesordnung der heutigen Mittwochssitzung, die um 15 Uhr beginnt, stehen der Nachtragsetat für 1929 und der Rotetat für 1930.

BdZ. Berlin, 26. März. (Tel.) Die Vollziehung des Reichsrates, in der über die gestern vom Reichstag angenommenen Agrarvorlagen entschieden werden soll, findet bereits am heutigen Mittwochmorgen statt.

Die neuen Oberpräsidenten in Preußen

Der Amt. preussische Pressedienst teilt mit: Das preussische Staatsministerium hat am Dienstag beschlossen, zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau den Beigeordneten der Stadt Köln Haas, M. d. L., zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern den Regierungspräsidenten von Galleen-Stettin, ferner zum Regierungspräsidenten in Stettin den Ministerialrat im preussischen Innenministerium, Hans Simons, und zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. den Vizepräsidenten der Regierung Gumbinnen, Dr. Fißner, zu ernennen.

Drei preussische Landräte ihres Amtes entbunden

Das preussische Staatsministerium beschloß am Dienstag, wie der „Sozialdemokr. Pressed.“ erfährt, die rechtsstehenden Landräte Klein (Leer), Koberg (Hallinghofen) und Freiherr von Hammerstein (Seelen), die zugleich Abgeordnete des Provinziallandtages der Provinz Hannover sind, aus politischen Gründen ihrer Ämter zu entbunden. Die Staatsregierung hat weiter beschlossen, den sozialdemokratischen Abgeordneten des Preussischen Landtags, Meyer (Solingen), zum Ministerialdirektor im Volksfahrtsministerium zu ernennen. Die Ernennung ist auf einen Vorschlag des Volksfahrtsministers Dietzfelder zurückzuführen.

Kleine Chronik

Die Berliner Polizei verhaftete den Grafen Eberhard von Königsdorf, den Sohn des früheren Polizeipräsidenten von Stasfeld, und dessen Gattin, eine Tochter des Nationalökonom Theodor Hertha, wegen umfangreicher Betrugsmanöver, die bis in das Jahr 1927 zurückgehen. Das schon betagte Ehepaar mietete sich in eleganten Wohnungen im Westen Berlins ein, deren Inhaberinnen, meist alte Damen, bereisten, und pflegte während deren Abwesenheit Tafel Silber und Teppiche in Leihhäusern zu verhehlen. Auch stellte man fest, daß zahlreiche kleine Kaufleute, die dem Ehepaar Geld geliehen hatten, geschädigt sind.

Seit längerer Zeit machte bekanntlich ein Einbrecher die verschiedensten Stadtteile von Berlin unsicher, indem er nachts gespensterhaft bald hier, bald da, auftauchte. Nunmehr ist es gelüftet, daß „Nachtgespenk“ zu erwischen, doch ist dieser Erfolg nur einem Zufall zu verdanken. Der Einbrecher hatte in der letzten Nacht einer Wohnung am Savignyplatz in Charlottenburg einen Besuch abgestattet. Der Wohnungsinhaber verfolgte ihn aber, zuletzt auf der Berliner Ringbahn. Der Einbrecher versuchte, über den Bahndamm hinwegzukommen, stürzte aber bei dem Sprung so unglücklich, daß er ein Bein brach. Bei seiner Festnahme stellte sich heraus, daß es sich um den 36 Jahre alten Arbeitslosen Joseph Kosrow handelt.

Frau Hanau verweigert nach Rückkehr ins Gefängnis Saint-Lazare in Paris weiter jede Nahrungsaufnahme, solange über ihren Antrag nicht entschieden ist. Die Liga für Menschenrechte hat eine erneute Eingabe für die Freilassung an das Justizministerium gemacht. Sie erklärt darin, daß Frau Hanau anfänglich mit einer Lüge von nicht weniger als 26 Straftaten angeklagt gewesen sei. 21 dieser Anträge seien offiziell als unbegründet fallen gelassen worden.

Die Überreste von einem Offizier und 57 Mann eines englischen Monitors, der acht Wochen vor dem Waffenstillstand im Hafen von Dover in Brand geraten und darauf wegen der Gefahr einer Explosion torpediert worden war, sind jetzt geborgen worden und sollen mit militärischen Ehren beigesetzt werden.

Aus den Ländern

Was Thüringen antworten wird

Das thüringische Staatsministerium hält heute, Mittwoch, nachmittags eine Kabinettsitzung ab, um sich über die Antwort auf das am letzten Samstag in Weimar eingegangene Schreiben des Reichsinnenministers Severing schlüssig zu werden. Die Antwort wird, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, voraussichtlich dahin lauten, daß Thüringen sich mit der Entsendung eines Untersuchungskommissars seitens des Reiches einverstanden erklärt. Das Kabinett wird aber fragen, welche Vorgänge eine solche Untersuchung notwendig machen.

Die deutschnationalen Fraktion hat nun im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die scharfsten Protest gegen das Vorgehen des Reichsinnenministers Severing gegen den Staat Thüringen erhebt, und erklärt, daß durch dieses verfassungswidrige Verhalten eines Reichsministers dem Staat Thüringen eine schwere Beleidigung und materielle Schäden zugefügt wurden. Die Interpellation fordert, daß das Reich die zugefügten Schäden wieder gut macht.

Das Thüringer Ermächtigungsgesetz

Im Gesetzgebungsausschuß des Thüringischen Landtages wurde am Dienstag der Entwurf zum Ermächtigungsgesetz mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten in zweiter Lesung angenommen. Das Gesetz geht nun an das Plenum, wo es voraussichtlich Ende März oder Anfang April auf der Tagesordnung erscheinen wird, und zwar noch vor Beginn der Statberatung, weil es die Grundlage für einen großen Teil der durch den Etat notwendig gewordenen Änderungen in der thüringischen Verwaltung darstellt, darunter auch der Abbaumaßnahmen.

Ergebnislose Ministerpräsidentenwahl in Sachsen

Im Sächsischen Landtag wurde am Dienstag zunächst die zweite Beratung über den kommunalistischen Antrag auf Landtagsauflösung auf eine spätere Sitzung vertagt. Sodann schritt man zur Wahl des zukünftigen Ministerpräsidenten. Die Deutschnationalen schlugen den Präsidenten des Staatsrechnungshofes, Schick, vor, die Demokraten den Minister a. D. Dr. Kütz, die Sozialisten ihren Parteigenossen Fleißner und die Kommunisten ihren Führer Kerner. Es wurden 94 Stimmen abgegeben, von denen eine unglücklich war; zwei Abgeordnete fehlten im Hause. Es entfielen auf Präsident Schick 44, Fleißner 32, Kerner 12 und Dr. Kütz 5 Stimmen. Die für eine gültige Wahl notwendige Stimmenmehrheit wurde somit von keinem der Kandidaten erreicht. Die Wahl ist damit ergebnislos verlaufen.

Große Koalition in Mecklenburg-Strelitz. Im Landtag Mecklenburg-Strelitz ist jetzt eine Konsolidierung eingetreten. Alleingänger Minister bleibt Dr. Freiherr von Reibnitz, der der Sozialdemokratischen Partei angehört. Zu den nichtbesetzten Staatsräten, von denen einer durch die Deutsche Volkspartei und ein zweiter durch die Partei der Handwerker gestellt werden, ist jetzt ein dritter der Demokratischen Partei getreten. Die Politik kann fortan auf der Basis der Großen Koalition geführt werden.

Badischer Teil

Das Dotationsgesetz vor dem Landtag

(44. Sitzung)

DZ. Karlsruhe, 25. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Regierungsantwort auf eine deutschnationalen Kurze Anfrage betr. das neue Republikstiftungsgesetz verlesen. Daraus geht hervor, daß die badische Regierung im Reichsrat für dieses Gesetz gestimmt hat.

Dann geht das Haus zur Aussprache über das Kultusbudget und das Dotationsgesetz über.

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) wendet sich gegen die Annahme, daß die gegenwärtige Regierung den beiden großen Kirchen nicht mit derselben Objektivität und Wohlwollen gegenüberstehe. Dafür fehle jeder Beweis. Wenn jetzt die Regierung ein Jahrzehntlanges Unrecht in der Behandlung der Katholiken gutmache, so tue sie ihre Pflicht und verdiene dafür Anerkennung. Nicht Streit unter den Konfessionen, sondern der Friede fördere das Volk. Der Friede auf der Basis der Parität des Rechts. Die Kirchen als Attribut der heutigen Kultur würden immer Unterstützung haben müssen, wenn die Mittel nicht ausreichen, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Zu den Nationalsozialisten gewandt, sagt Abg. Dr. Baumgartner: Sie haben das Zentrum beim Herrn Erzbischof verklagt. Wenn Sie Ihre Reden und Taten vor Ihrem Gewissen verantworten können, wie wir die Wahl Memmes zum Unterrichtsminister, dann wäre es besser bestellt um die Ruhe und den Frieden im Volke (Zurufe der Nationalsozialisten). Das Zentrum, so fährt der Redner fort, bekenne sich grundsätzlich zur Auffassung, daß eine völlige religiöse Trennung weder im Interesse des Staates noch der Kirche liegt; dem vorliegenden Gesetz werde keine Fraktion zustimmen.

Abg. Maier-Heidelberg (Sozdem.) übt scharfe Kritik an der Haltung der liberalen Arbeitsgemeinschaft, deren Anträge er unter lebhaftem Widerspruch als einen agitatorischen Schachzug bezeichnet. Die sozialdemokratische Fraktion sei gewillt, die Dotationen abzubauen, aber dabei auch Rücksicht zu nehmen auf die Verhältnisse der Kirchen. Sie habe aus ihrer grundsätzlichen Einstellung heraus den Antrag eingebracht, die Höchstgrenze für die Kirchensteuern aufzuheben, damit sich die Kirche auf den weiteren Abbau der Dotationen einrichten könnte. Gegen den von evangelischer Seite erhobenen Vorwurf, daß durch die jetzige Regelung der konfessionellen Friede gestört werde, müsse man protestieren. Bei der Abstimmung über den Kultusetat werde sich die sozialdemokratische Fraktion wie bisher der Stimme enthalten, weil sie einen Rechtszustand nicht anerkennen vermöge und andererseits keine Möglichkeit sehe, die Dinge zu ändern.

Abg. Dr. Matthes (D. Vp.) führt aus: Das Gesetz sollte seit 1921 besser heißen: „Gesetz über den Staatszuschuß an die Kirchen.“ Die Vorlage bedeute einen geschichtlichen Wendepunkt auf dem Gebiete der Dotationen. Das grundsätzliche Selbstverwaltungsrecht der Kirchen werde anerkannt; es sei aber nur dann vollständig, wenn es auf der Selbstfinanzierung beruhe. Der Redner hätte gewünscht, daß die Kirchen etwas mutiger an die Erringung dieser Grundlage herangegangen wären. Auf alle Fälle müsse die Parität der Zahlungen berücksichtigt werden. Die Aufzählung der Paritätsfrage sei keine rechtliche Notwendigkeit gewesen, auch nicht aus sachlichen Gründen gegeben und ebensowenig ein politisches Erfordernis. Abg. Kalb habe 1914 die kommende Situation richtig vorausgesehen. Die Sozialdemokraten seien heute die Bundesgenossen des Zentrums. Dieses innige Verhältnis habe den Sozialdemokraten plötzlich zur Entdeckung der Parität verholfen (Lebhaftes Zurufe links und im Zentrum). Für die Sozialdemokratie bedeute das Gesetz ein Eingangsgericht, das für eine Mehrheit reiche, für das Zentrum aber ein Erbe für eine ganze Generation (Erregte Zurufe auf Seiten der Regierungsparteien). Daß man die Kirchen zur

Paritätsfrage vorher nicht gehört habe, sei eine besondere Rücksichtlosigkeit gegenüber der evangelischen Kirche. Der Redner ist der Auffassung, daß die bisherige Regelung durch- aus paritätisch und gerecht sei. Die Vorwürfe gegen die Ver- gangenheit und gegen die Evangelische Kirche, daß sie zu viel bekommen habe, seien als unrichtig zurückzuweisen (Zurufe im Zentrum). Weitere Bemerkungen des Redners veranlassen den sozialdemokratischen Abg. Maier-Heidelberg zu erregten Zwischenrufen. Er sagt gegenüber den Demokraten: „Mit solchen Leuten verhandeln wir nicht mehr!“ (Erneute Un- ruhe). Der Redner schließt: Die Rücksicht auf den inneren Frieden ist der Grund, weshalb wir den restlosen Abbau vor- geschlagen haben. Aus der Reichsverfassung kann man keine- lei Rechte herleiten, die auf das Dotationsgesetz Bezug haben. Dieses ist immer befristet gewesen. Im Kultusministerium hat Minister Dr. Remmele einen sehr unsicheren Boden be- treten. Es besteht die Gefahr, daß er hier das als Innen- minister geübte Ansehen verliere. Das Dotationsgesetz ist auch der Ausdruck einer kurzfristigen Politik. Es wird das Vertrauen und die Verehrung des evangelischen Volksteils zur Mitarbeit im gegenwärtigen Staat nicht fördern, sondern bringt neue Kämpfe und Unfrieden (Beifall bei der Oppo- sition, Zurufe links und im Zentrum).

Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Remmele

stellt fest, daß bei der Frage der Parität bisher immer nur die Zurechnung auf die Kopfzahl der Geistlichen in Rechnung gestellt worden ist. Die Anträge der Opposition seien nur zu verstehen, aus deren Einstellung gegenüber der augenblich- lichen Regierung (Widerpruch). Dem Abg. Dr. Leers be- merkt der Minister: „Sie würden alle Vorlagen ablehnen. Das ist gegenwärtig Ihre Aufgabe!“ (Widerpruch des Abg. Dr. Leers). Der Minister sieht sich auf einen Zuruf noch ver- anlaßt, festzustellen, daß man in der heutigen Zeit denk- bar dafür sein müsse, daß man schon vor 3 Jahren das Leh- rerbildungsgesetz geschaffen hat.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) sieht in dem Mangel einer konfes- sionellen Einheit die Tragik des deutschen Volkes. Er lehnt die Vorlage ab, weil sie den religiösen Frieden störe.

Abg. Schmidt-Bretten (Wirtsch.-u. Bauernp.) erklärt sich gegen das Gesetz, weil dadurch die evangelische Kirche benach- teiligt würde.

Abg. Hoffmann (Dem.) leitet seine Rede mit der Feststellung ein, daß keine Verfassung der Kirche so weitgehende Freiheit gewährt habe, wie die badiische. Das Dotationsgesetz sei vom ersten Augenblick an eine Übergangsmassnahme gewesen. Der Redner zieht aus einer rechnerischen Betrachtung den Schluß, daß die Paritätsfrage die unglücklichste Lösung gefunden habe. Der richtige Weg wäre die Umschlagung der Pfarrstellen auf die Seelenzahl. Die Kinderzuschläge für die evangelischen Pfarrer habe man auf ein unmögliches Maß zurückgeschraubt. Der Redner streift im übrigen die Darlegungen des Abg. Dr. Mattes. Die katholische Aktion sei im Begriff zu einer konfessionspolitischen zu werden.

Minister Dr. Remmele

ergreift nochmals das Wort, um in bezug auf die Lehrer- bildungsanstalten seinen Standpunkt dahin zu kennzeichnen, daß in allen drei Anlässen der Unterricht im Geiste der Simultan- schule erteilt werden soll. Hinsichtlich der Paritätsfrage be- stärke mich der Lauf der Dinge in der Auffassung, daß man um deren Regelung nicht herumkommt. Schließlich hat man innerhalb der beiden Koalitionsparteien eine Verständigung gefunden, und ich glaube, daß auch eine dritte Partei, sofern sie zur Koalition gehört hätte, mit bei der Partie gewesen wäre. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.)

Der Minister weist dann noch den Vorwurf zurück, als ob die Kirchengemeinschaften plötzlich über Nacht vor diese Situation gestellt worden seien. Die Kirchen waren unterrichtet, sie wußten, wie die Dinge gehen, und hatten genügend Zeit zur Stellungnahme. Auch von einer unhöflichen Behandlung kann keine Rede sein. Wir haben keine Veranlassung, auf Kriegs- fuß zu leben, solange wir in Frieden leben können. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Morgen, Mittwoch, vormittag 9 Uhr wird die Aussprache fortgesetzt.

Schluß 1/8 Uhr.

(45. Sitzung)

D.3. Karlsruhe, 26. März.

Präsident Duffner eröffnet nach 9 Uhr die Sitzung.

Die Aussprache über Kultusbudget und Dotationsgesetz wird fortgesetzt.

Abg. Bod (Nomm.) verteidigt die Sowjetunion, wo Glaube und Unglaube frei seien. Der kapitalistische Staat sei an der Erhaltung der Religion interessiert. Die Vermögenslage der Kirchen würde diesen ohne weiteres gestatten, auf die Dotatio- nen zu verzichten.

Abg. Bergsh (Ev. Vd.) führt aus, beide Konfessionen sollten einen Schutzwall aufrichten gegen den von Rußland marschie- renden Antichrist. Das Zentrum will aber den bisherigen Weg der Parität verlassen. Der konfessionelle Friede würde dadurch gestört. (Rufe im Zentrum: Unerbittlich!)

Abg. Dr. Schmittner (Dnl.) erklärt, heute sei es erwie- sen, daß es Minister Dr. Remmele nicht gelungen sei, zum evangelischen Volksteil in ein rechtes Verhältnis zu kommen. Der Redner will grundsätzlich die völlige Trennung von Staat und Kirche. Es wäre besser gewesen, schon vor Jahren den Kirchen das Steuerrecht zu geben. Das Zentrum wolle die Frage machtpolitisch lösen. Der Gesetzesentwurf gehe von der falschen Voraussetzung aus, daß die Verhältnisse der katho- lischen und evangelischen Geistlichen gleichgelagert seien. Aber eine Änderung der Grundlage sei der Evang. Oberkirchenrat leider nicht unterrichtet worden. Man sollte das Gesetz gleich- mäßig und ganz abbauen und nicht neu interpretieren.

Minister Dr. Remmele

stellt fest, daß es sich nicht um eine Vorlage, sondern um eine solche des Staatsministeriums handle. Deshalb müsse er die gegen seine Person erhobenen Vorwürfe entschieden zurückwei- sen. (Zwischenrufe der Nationalsozialisten. — Erregte Gegen- rufe auf Seiten des Zentrums und der Sozialdemokraten.) Die Bemerkungen zum Lehrerbildungsgesetz legen mir die Vermutung nahe, daß es sich nicht mehr um eine objektive, son- dern um eine bewußt subjektive Einstellung handelt zu dem Zweck, die religiös geminteten Volksteile gegeneinander aufzu- bringen. Die, die uns jahraus, jahrein wegen des hohen Steuerdrucks verklagen, machen uns zum Vorwurf, daß wir seinerzeit beim Lehrerbildungsgesetz nicht weiter gehen wollten, wie sie es verlangt haben. Daß die katholische Kirche seit 1899 höhere Beträge erhalten hat, zeigt uns, daß der Grundgedanke der Parität der Zahlenden bisher in Baden nicht aufgestellt gewe- sen ist.

Es folgt die zweite Rednerreihe.

Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) vertritt den Standpunkt, daß es sich um den Vollzug von Rechtsverpflichtungen handle, die sich aus dem Reichsdeputationshauptschluß ergeben. Man könne sie nicht mit einer Handbewegung abtun, denn sie stützen sich

auf Verfügungen der höchsten Gerichte des Landes und des Reiches. Wäre der Staat diesen Rechtsverpflichtungen in vollem Umfang nachgekommen, dann hätte die Kirche nicht betel- tend an der Staat herantreten müssen, dann wäre das Do- tationsgesetz nicht notwendig gewesen. Der Redner erinnert an den Einzug der Kirchengüter durch den Staat zur Zeit der Sä- kularisation. Die ganze Zentrumsfraktion bedauere, daß man jetzt die Argumentation der Parität der Zahlenden in die De- batte geworfen habe. Die Logik sei: „Weil ihr weniger an direkten Steuern zahlen könnt, deshalb habt ihr keinen An- spruch auf Parität.“ Gegen eine solch verletzende Polemik müssen wir energisch protestieren. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Die Frage, ob die Dotationen durch den Artikel 138 der Reichsverfassung gedeckt werden, lasse sich nicht ohne weiteres mit Ja oder Nein beantworten. Ein Betriebsfonds der katholischen Kirche von 1 1/2 bis 2 Millionen sei nichts Über- flüssiges, sondern notwendig, um die laufenden Verpflichtungen erfüllen zu können. Die Parität sei schon beim ersten Do- tationsgesetz (1876) von der katholischen Kirche verlangt worden. Es sei ihr bisher nicht möglich gewesen, die katholischen Geist- lichen im Gehalte so zu stellen wie die entsprechenden Akade- miker in Beamtenstellung. Der Redner schließt, das Gesetz bedürftige nicht in allem, bringe aber einen Fortschritt, weshalb ihm das Zentrum zustimme.

Abg. Teusch (Ev. Vd.) unterstreicht, daß die Kirche einen hehren Dienst am Volke verrichte und dafür die Unterstützung des Staates verdiene. Angeichts der furchtbaren Gefahren von Seiten des Bolschewismus sollte man alles daran setzen, um eine gemeinsame christliche Front zu errichten. Auch die Sozialdemokratie werde früher oder später Farbe bekennen müssen. Der Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß man sich über den Gesetzesentwurf noch verständigen könne. Auf die Dauer gehe es nicht an, daß der evangelische Volksteil die Kosten für den katholischen Klerus mittragen hilft. Man möge es bei der bisherigen Regelung belassen oder die Dotationen gänzlich fallen lassen.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) will mit den Nationalsozia- listen nicht rechten, wenn sie glauben, Minister Dr. Remmele und Staatsrat Maier hätten dem Gesetz zugestimmt, um ihre Stimmen nicht zu verlieren. (Lebhafte Zwischenrufe der National- sozialisten.) Die Kommunisten seien es gewesen, die 1924 durch ihre Stimmenthaltung dazu verholfen haben, daß die Do- tation verdreifacht wurde. Dem Evang. Volksdienst bemerkt der Redner, daß der von ihm unterzeichnete Oppositionsantrag die evangelische Kirche schlechter stellen würde als die Regierungs- vorlage. Man müsse den Kirchen den Weg ebnen, sich durch steuerliche Freiheit auf den völligen Abbau der Dotationen ein- zulassen. Es könne der sozialdemokratischen Fraktion an der Vorlage manches nicht gefallen, auch nicht, daß kein Endtermin für die Dotationen festgelegt wurde. Was der Abgeordnete Dr. Schmittner über die Trennung von Staat und Kirche gesagt, habe ihn, den Redner, sehr sympathisch berührt, wenn er dabei auch von anderen Erwägungen ausginge. Abg. Maier betont zum Schluß, daß die Weltanschauung Sache des einzelnen sei. Aber auch der sozialistische Staat würde nicht existieren kön- nen, wenn er nicht über Menschen von hoher sittlicher und moralischer Qualität verfügen kann, Werte, die in allen Reli- gionsystemen zu finden seien.

Gegen 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Die Aussprache dürfte am Nachmittag zu Ende gehen.

Verwaltungsrat der Reichspost

Der Reichsrat wählte Handelskammerpräsidenten Mar- tin Elsas, Mitglied des Landesisenbahnrates Karlsruhe, zum Mitglied des Verwaltungsrats der Reichspost.

Aus der badischen Industrie

Zum Lohnkonflikt in der badischen Textilindustrie. Wie wir erfahren, ist die Erklärungsrift, die am 24. März ab- lief, auf Antrag des Arbeitgeberverbandes bis 29. März ver- längert worden.

Betriebsratswahlen in der Textilindustrie des Albtals. Die am 24. und 25. März stattgefundenen Betriebsratswahlen in den Betrieben der Textilindustrie des Albtals erbrachten fol- gendes Ergebnis: In der Gesellschaft für Spinnerei und We- berei, Ettlingen, erhielten die christlichen Gewerkschaften 555 (510 bei der letzten Wahl), d. i. 5 Sitze (4), freie Gewerkschaf- ten 558 (509), d. i. 5 (5) Sitze. In der Badischen Baumwoll- spinnerei und -weberei, Neudorf, christlichen Gewerkschaften 184 (117), d. i. 5 (4) Sitze, freie Gewerkschaften 72 (150), d. i. 1 (2) Sitze; Firma Karl Wacker & Söhne, Ettlingen, christliche Ge- werkschaften 18 (27), d. i. 1 (2) Sitze, freie Gewerkschaften 47 (46), d. i. 4 (3) Sitze. In der Weberei Frauenalb ist die christ- liche Gewerkschaft mit 4 Sitzen vertreten. Somit haben die christlichen Gewerkschaften 15 Betriebsratsitze, dazu zwei Ar- beiterräte, die freien Gewerkschaften 10 Betriebsräte und 2 Ar- beiterräte. Abgegebene Stimmen 757 (654) ohne Frauenalb für die Christlichen, und 677 (665) für die Freien. Wahlbetei- ligung 90 Prozent. Die Vertreterzahl der Angestellten des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christliche Gewerkschaften) be- trägt 3, die Angestellten im Allgemeinen Deutschen Gewerks- chaftsbund (freie Gewerkschaft) haben einen Vertreter.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Presse. Mit dem 1. April geht die bisher der Deutschnationalen Partei nahestehende „Badische Zeitung“ in den Besitz des Stahlheim über. Von diesem Zeitpunkt an erscheint dieses Blatt unter dem Titel „Süddeutsche Rund- schau“.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Als ein Film von emi- nenter Gestaltungskraft zeigt sich uns „Das Grabmal einer großen Liebe“. Dieser indische Film, der von Indern dar- gestellt wird, gewinnt noch dadurch, daß alle Bauten, Kostüme, Menschen und Tiere originalgetreu wiedergegeben werden, also keine Attrappen und sonstigen Hilfsmittel Verwendung fanden. Die Handlung, eine Legende darstellend, weht sich um das große Grabmal Taj Mahal, das ein indischer Fürst seiner verstorbenen Gemahlin erbauen ließ, und das als eines der sieben Weltwunder bezeichnet wird. Das Zauberland Indien erstreckt vor unserem Auge, seine Paläste, Palmenwälder, Men- schen und Tiere. Viele Tausende von Menschen, Hunderte von Kamelen, Elefanten und Pferde usw. beleben das Bild. Für- sten und andere habe ihre Gebäude und Paläste zur Ver- fügung gestellt. Mit anderen Worten, der Film erkant mit Hilfe von Land und Volk. Er singt zugleich das hohe Lied der Liebe. Eine schöne Musik erhöht das Wunderwerk. — Einige Beifilme sowie die Opelmohenschau vervollständigen den Abend.

Tägliche Autobiographien. Am Dienstagabend wurde ein vor dem Landestheater parkender Personkraftwagen (Marke Opel Nr. IV B 19 516) im Werte von 6000 RM von unbekann- ten Tätern gestohlen. Am gleichen Abend wurde ein im Hof eines Autos am Rondellplatz abgestelltes Motorrad (Marke DKW IV B 13 177) im Wert von 1200 RM von unbekanntem Täter gestohlen.

Karlsruher Schwurgericht. In dem Prozeß wegen des Meineids und der Anstiftung dazu verurteilte das Schwur- gericht die Kleiber zu 1 Jahr Zuchthaus unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft. Ferner wurde auf zwei Jahre Ehrverlust und dauernde Unfähigkeit, je wieder als Zeugin oder Sachverständige eidlich vernommen zu werden, erkannt. Augusthöfer erhielt wegen Beihilfe zum Meineid 6 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Monaten Untersuchung- haft. Die beiden Hafibefehle wurden aufgehoben. Das Urteil ist rechtskräftig. — In der darauffolgenden Dienstag- nachmittagssitzung stand unter der Anklage des Totschlages der 36jährige Gärtner Julius Gröbinger aus Forzheim. Nach der Anklage hat Gröbinger in der Nacht zum 29. Dezember v. J. in der Anselmstraße in Forzheim nach nächtlichem Streit wegen eines Hundes dem ledigen Installateur Karl Geier aus Forzheim einen Stich in die Brust beigebracht, der ins Herz drang und den alsbaldigen Tod herbeiführte. Der Angeklagte ist vielfach wegen Diebstahls, wegen Sittlichkeitsverbrechens usw. vorbestraft, darunter auch mit 3 Jahren Zuchthaus. Wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tod verurteilte das Gericht den Gröbinger zu 2 1/2 Jahren Gefängnis. Davon werden 2 Monate Untersuchungshaft angerechnet. Das zur Tat verwandte Messer wird eingezogen. — Wegen Körper- verletzung mit Todesfolge als Folge einer Rauferei in der Karlsruher Oststadt standen heute, Mittwoch, drei junge Burken, die Händler Georg Hof aus Ettlingen, sein jün- gerer Bruder Jakob sowie der aus Karlsruhe stammende Händler Franz Wilhelm Müller, vor den Geschworenen. Sie werden beschuldigt, in der Nacht zum 15. Nov. mit dem Wfär. Schlosser Ludwig Wädinger in der Waldhornstraße Streit angefangen, ihm mehrere Messerstücke verfest zu haben, do- von einen in die Brust, der nach etwa 1 1/2 Monaten den Tod des Wädinger zur Folge hatte.

Colosseum. Die letzte Vorstellung des mit so überreichem Erfolg durchgeführten Gastspiels der großen Schlagerrevue „Wenn du einmal dein Herz verkniffst“ mit Varieteinlagen findet unwiderrücklich am kommenden Montag, den 31. März, abends 8 Uhr, statt. Wer bis jetzt noch nicht Gelegenheit hatte, dieses Programm zu sehen, benutze die noch wenigen Tage zum Besuch der Vorstellungen. Ferner wird darauf aufmerk- sam gemacht, daß die für dieses Gastspiel ausgegebenen Vor- zugskarten am 1. April ihre Gültigkeit verlieren.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das skandinavische Tief hat einen Ausläufer bis zur Nordsee vorgeschoben und mit ihm um das Bismarckherd her- um subtropische Warmluft in den sich bis Südwestdeutschland erstreckenden Hochdruckteil gebracht. Dadurch sind die Tempe- raturen im ganzen Lande wieder gestiegen. Auch morgen wird die milde Strömung unsere Bitterung bestimmen. Wetteraus- sichten: Vielfach heiter und trocken, bei schwacher Luftbewegung, örtliche Morgennebel, tagsüber mild.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

| | 26. Mär. | 26. Mär. | 26. Mär. | 26. Mär. |
|--------------------|----------|----------|----------|----------|
| | Stk. | 100 Stk. | Stk. | 100 Stk. |
| Amsterdam 100 G. | 167,99 | 108,33 | 167,92 | 168,26 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112,13 | 112,35 | 112,13 | 112,35 |
| London 100 £. | 21,905 | 21,945 | 21,91 | 21,95 |
| Paris 100 Fr. | 20,366 | 20,406 | 20,364 | 20,404 |
| New York 1 \$. | 4,188 | 4,193 | 4,184 | 4,192 |
| Schwiz 100 Fr. | 16,38 | 16,42 | 16,395 | 16,435 |
| Wien 100 Schilling | 81,02 | 81,18 | 80,87 | 80,113 |
| Prag 100 Kr. | 58,96 | 59,08 | 58,945 | 59,065 |
| Breg. 100 Kr. | 12,401 | 12,421 | 12,406 | 12,426 |

Schnellwaagenfabrik Union AG, Gröbingeren

In der am heutigen Mittwoch in Karlsruhe abgehaltenen er- sten Gläubigerversammlung legte der kaufmännische Sachver- ständige, Direktor Göbel, Baden-Baden, als Vertrauensperson den Status der Gesellschaft dar. Das Fabrikgrundstück mit Gebäuden wird auf 220 000 RM geschätzt und ist mit 120 000 Reichsmark zugunsten der Gemeindepfandkasse Gröbingeren be- lastet. Bei einer jetzt etwa erfolgenden Veräußerung dürfte da- nach für die Masse kein Überschuss zu erwarten sein. Von der Verwertung des Kontos Maschinen und Betriebsanrichtungen kommen schätzungsweise 20 000 RM für die Masse in Betracht. Die Außenstände und Guthaben usw. werden mit einem Über- schuß von 70 000 RM als verwertbar angelegt, die Vorräte an Rohmaterial und Fertigfabrikaten mit zusammen 73 000 Reichsmark, die bevorrechtigten Forderungen mit 55 000 RM. Die an dem Verfahren beteiligten Gläubiger haben Forde- rungen in Höhe von rund 261 000 RM. Die Kreditoren, Ak- zepte und Darlehen betragen 158 000 RM. Die Banken sind mit 334 000 RM beteiligt. Von der Gesamtsumme von 492 000 RM sind 241 000 RM gedeckt. Rein rechnungsmäßig wird von der Vertrauensperson eine Quote von etwa 47 Prozent errechnet. Bei der Verwertung der Außenstände und der Warenbestände ist man davon ausgegangen, daß der Geschäftsapparat, wenn auch in stark eingeschränktem Umfang, aufrechterhalten wird.

In der Aussprache, an der sich zahlreiche Mitglieder der stark besuchten Versammlung beteiligten, kam vielfach zum Ausdruck, daß man bedauern würde, wenn das an und für sich solid fundierte Unternehmen eingestellt bzw. in Konkurs gehen würde, andererseits hervorgehoben, daß eine Verwer- tung derzeit als ausgeschlossen gelten müsse, da keinerlei greifbare Mittel vorhanden seien. Daher wurde empfohlen, um Zugriffe von Gläubigern zu vermeiden, das gerichtliche Vergleichsverfahren einzuleiten und der nächsten Gläubiger- versammlung Vorschläge zu unterbreiten, ob das Gerichts- verfahren durchgeführt werden solle oder Konkurs angemel- det werden müsse. Um diese Vorschläge vorzubereiten, wurde ein aus sieben Gläubigern gebildeter Gläubigerausschuß ein- gesetzt, der auch die Frage unteruchen und weiterbehandeln soll, ob die Möglichkeit bestehe, das Unternehmen weiterzu- führen.

Der Prozeß Gütermann gegen Vemberg u. Gen. — Seide und Kunstseide. In dem Prozeß der Firma Gütermann & Co. in Gutach (Breisgau) gegen die Vemberg AG. in Warmen, gegen die J. G. Farben und gegen eine Prüfflerer Firma hat nach einem Bericht des „Egltäler“ das Reichsgericht am Dienstag entschieden, daß der Firma Vemberg u. Gen. die Bezeichnung „Vemberg-Seide“, „Agfa-Seide“, „Acetat-Seide“ bei Straf- androhung in jedem Einzelfalle in öffentlichen Bekanntmachun- gen verboten werde. Sie müssen ihre Produkte in Zukunft „Vemberg-Kunstseide“, „Agfa-Kunstseide“ und „Acetat-Kunst- seide“ benennen. Sämtliche Kosten wurden den beklagten Fir- men auferlegt. Damit hat die Firma Gütermann & Co. in dem bekannten Rechtsstreit um die Bezeichnung der Kunstseide- produkte gewonnen. Das Reichsgericht hat sich vollkommen dem Standpunkt der Firma Gütermann angeschlossen.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Die Volkshaus Eittingen e.G.m.b.H. hielt ihre 54. ordentliche Generalversammlung ab. Die Spareinlagen mit über 1 Mill. Reichsmark stehen heute um rund 200 000 M höher als im Jahre 1914. Der Reingewinn beziffert sich auf 44 000 M, woraus 10 Prozent Dividende ausgeschüttet werden sollen. Die Bilanz und die Vorschläge des Aufsichtsrats wurden einstimmig genehmigt und die gewünschte Entlastung erteilt. Auch die Errichtung eines neuen Bankgebäudes fand die Zustimmung der Generalversammlung.

Die Wirtschaftslage im Kammerbezirk Schopfheim. Die Erhebungen der Handelskammer Schopfheim über die Wirtschaftslage im Kammerbezirk während des 1. Vierteljahres 1930 haben ergeben, daß eine Besserung noch nicht eingetreten ist. Neben der schwierigen Lage der Textilindustrie spielt die Depression in der Bauwirtschaft eine verhängnisvolle Rolle. Die kommende Wirtschaftsentwicklung bietet nur wenig Anzeichen zur Besserung.

Hapag-Lloyd. Der Norddeutsche Lloyd und die Hapag haben in einem Vertrage von 50jähriger Dauer beschlossen, ihre gesamte wirtschaftliche Betätigung unter Verzicht auf jeden Vorrang in gegenseitiger Unterstützung und Förderung nach einheitlichen Gesichtspunkten und unter einheitlichem Zusammenwirken auszuüben. Beide Gesellschaften bleiben selbstständig mit dem Sitz in Hamburg und Bremen.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Raubach (Odenwald), 26. März. Gestern abend kurz nach 7 Uhr ereignete sich in der Gemartung Raubach ein bedauerlicher Jagdunfall. Der hiesige Förster war mit dem hiesigen Lehrer Koch auf den Schneepfenzirk gegangen. Als der Förster auf eine anstreichende Schneeflechte schießen wollte, ging der Schuß fehl. Beim zweiten Schuß sprang der neben dem Förster stehende Lehrer Koch plötzlich auf und die ganze Schrotladung des zweiten Schusses drang ihm ins Gehirn. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Hd. Gengenbach, 25. März. Die Firma Oberrheinische Dampf-Säge- und Hobelwerke AG. hat am 30. März allen Arbeitern gekündigt. 90 Arbeiter werden davon betroffen.

D. J. Siringen (Amt Bruchsal), 25. März. Eine ziemlich stürmische Versammlung hielt der Konsum- und Absatzverein hier ab; galt es doch, die durch den Rechner in den letzten Jahren veruntreuten 14 000 M zu decken. Die Hauptlast haben die fünf Vorstandsmitglieder zu tragen, weil sie zu großes Vertrauen in den Rechner setzten. Nach langer, erregter Diskussion einigte man sich, die Kasse mit 8 Mitgliedern auf 80 M zu erhöhen und die Restsumme von über 7500 M haben die Vorstandsmitglieder zu tragen.

W. V. Freiburg, 25. März. Im hiesigen Diakonissenhaus ist heute nachmittag der aus Berlin gebürtige 35 Jahre alte Kaufmann Dehmede an Trichinose gestorben. Dehmede hatte mit seiner Frau ebenfalls in Stuttgart von dem trichinösen Bärenschinken gegessen, der nunmehr insgesamt 8 Todesopfer gefordert hat. Dehmedes Frau ist ebenfalls an Trichinose erkrankt und befindet sich in Berlin in Behandlung.

Staatsanzeiger

Der Deutschen Lotterie-Emissions-Gesellschaft m. b. H. in Berlin wurde die Erlaubnis zum Losverkauf (Rote-Kreuz-Geldlotterie) in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 20. März 1930.

Der Minister des Innern:
J. A. Schwarz.

Losverkauf.

Dem Verein zur Wiederherstellung der St. Lorenzkirche in Nürnberg wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 20. März 1930.

Der Minister des Innern:
J. A. Schwarz.

Von den Prüflingen, die sich der Affizientenprüfung 1930 in der Zeit vom 17. bis 18. März Hb. N. unterzogen haben, werden für befanden erklärt:

1. Jung Karl,
2. Kober Mathilde,
3. Schott Karl,
4. Schuster Klara,
5. Wöhlein Gottlieb.

Karlsruhe, den 24. März 1930.

Der Minister des Innern:
Dr. Schmitt.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

In den Ruhestand verlegt:

Polizeioberwachmeister August Mödel in Pforzheim.

Zur Ruhe gesetzt:

Hauptlehrer August Reitter bei der Polzeischule in Karlsruhe.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Wachtmeister Max Vitz an der Technischen Hochschule, hier, bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Rechnungshof

In den dauernden Ruhestand tritt kraft Gesetzes: Ministerialoberrechnungsrat Martin Bechtel.

Oeffentliche Sparkasse Achern

Bilanz auf 31. Dezember 1929

| Vermögen: | | Schulden: | |
|---|--------------|-----------------------------------|--------------|
| | RM | | RM |
| 1. Kassenbestand | 17 500,63 | 1. Spareinlagen | 3 364 393,45 |
| 2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Post-scheidamt | 166 671,24 | 2. Aufwertungs-spareinlagen | 760 118,95 |
| 3. Wechsel | 82 274,11 | 3. Giro- u. Kontokorrent-einlagen | 197 569,07 |
| 4. Darlehen auf Hypo-theken | 2 087 203,55 | 4. Anlehens- und andere Schulden | 90 612,30 |
| 5. Darlehen in laufender Rechnung an Private | 488 865,45 | 5. Gefällige Rücklage | 139 348,78 |
| 6. Darlehen auf Schuldschein | 198 498,25 | 6. Reingewinn vom Jahre 1929 | 34 188,81 |
| 7. Darlehen an Gemein-den | 742 212,06 | | |
| 8. Aufwertungsforderun-gen | 608 402,01 | | |
| 9. Einnahmerückstände | 132 603,06 | | |
| 10. Grundstücke und Ge-bäude | 62 000,— | | |
| 11. Gerätschaften | 1,— | | |
| | 4 586 231,36 | | 4 586 231,36 |

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 3 582 961,52 RM Einlagen = 284 957,— RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 173 637,69 RM
somit weniger 111 419,41 RM

Achern, den 20. März 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Schlechter.

Der Geschäftsleiter:
Kehler.

Spar- und Waisenkasse des Amtsbezirks Neustadt i. Schw.

Bilanz auf 31. Dezember 1929

| Vermögen | | Verbindlichkeiten | |
|--|------------------|------------------------------------|--------------|
| | RM | | RM |
| 1. Kassenbestand | 17 048,28 | 1. Spareinlagen | 3 118 289,91 |
| 2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheidamt | 80 268,36 | 2. Giro- und Kontokorrent-einlagen | 332 516,48 |
| 3. Wertpapiere | 91,50 | 3. Anlehens- und andere Schulden | 166 493,67 |
| 4. Wechsel | 18 781,93 | 4. Ausgaberrückstände | 1 187,50 |
| 5. Darlehen auf Hypo-theken | 2 454 362,61 | 5. Aufwertungsfonto | 294 842,69 |
| 6. Darlehen in laufender Rechnung an Private | 552 547,42 | 6. Rücklagen | |
| 7. Darlehen auf Schuldschein | 99 106,15 | a) gesetzl. Reservefonds | 131 278,50 |
| 8. Darlehen an Gemein-den | 804 848,99 | b) Sonderrücklage | 5 547,21 |
| 9. Einnahmerückstände | 60 394,59 | 7. Reingewinn vom Jahre 1929 | 51 320,52 |
| 10. Grundstücke: a) Verwaltungsgebäude b) Andere Grundstücke | 1,— 14 024,65 | | |
| 11. Gerätschaften | 1,— | | |
| | 4 101 476,48 | | 4 101 476,48 |

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 3 450 806,39 RM Einlagen = 172 540,40 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 172 540,40 RM
somit mehr — weniger

Neustadt i. Schwarzg., den 12. März 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Pffister, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Degen.

Q. 326. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Nachlassvermögen des verstorbenen Kaufmanns Geyer in Karlsruhe, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der

bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlichter, min bestimmt auf Dien-

stag, den 15. April 1930, vormittags 11 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 2. Stod, Zimmer Nr. 142.

Karlsruhe, 20. 3. 1930.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

Bezirkssparkasse Reichenau

Oeffentliche Verbandssparkasse

Bilanz auf 31. Dezember 1929

| Vermögen: | | Verbindlichkeiten: | |
|---|--------------|----------------------------------|--------------|
| | RM | | RM |
| Kassenbestand | 10 612,08 | Spareinlagen | 1 301 514,48 |
| Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheidamt | 78 447,17 | Aufwertungs-spareinlagen | 396 318,19 |
| Wechsel | 12 789,64 | Giro- und Kontokorrent-einlagen | 115 927,17 |
| Darlehen auf Hypo-theken | 978 380,95 | Reservefonds | 50 057,05 |
| Darlehen in laufender Rechnung an Private | 169 900,69 | Rücklagen für höhere Auf-wertung | 97 945,31 |
| Darlehen auf Schuldschein | 135 322,66 | Reingewinn vom Jahre 1929 | 22 018,40 |
| Darlehen an Gemein-den | 126 943,40 | | |
| Grundstückskaufgelder | 32 037,01 | | |
| Bombarddarlehen | 4 592,— | | |
| Aufwertungsforderungen | 424 560,79 | | |
| Einnahmerückstände | 10 193,21 | | |
| Gerätschaften | 1,— | | |
| | 1 983 780,60 | | 1 983 780,60 |

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 417 441,65 RM Einlagen = 113 395,33 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 72 075,45 RM
somit weniger 41 319,88 RM

Reichenau, den 21. März 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Stengels, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Sauter, Verwalter.

Möbel Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungsvereinfachung, Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 114

Im Nachlasskonkurs Hans Geyer, soll die Schlußrechnung vorge-nommen werden. Verfügbar sind: 571,01 RM. Verüch-sichtigt werden 40 RM bevor-zugt und 1810,85 RM ein-fache Konkursforderungen. Das Schlußverzeichnis habe ich auf der Gerichts-Schreiberei des Amtsgerichts A 5 dahier, niedergelegt.

Karlsruhe, 26. März 1930.

Der Konkursverwalter:
Johann Rist,
Hans-Thoma-Str. 5.

Q. 328. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Uhrenhaus Richard Mittel in Karlsruhe, Am Stad-garten 1, wurde heute nach-mittag 5 Uhr das Ver-gleichsverfahren zur Ab-wendung des Konkurses eröffnet. Als Vertrauens-person wurde Volkswirt Julius Sepp in Karls-ruhe, Kolpingstr. 12, be-stellt. Der genannte Fir-ma wurde gemäß §§ 50, 51, 54 Vergleichsordnung allgemein verboten, über Vermögensstücke ohne Zu-stimmung der Vertrauens-person zu verfügen. Ter-min zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf Mitt-

woch, den 23. April 1930, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Karls-ruhe, Akademiestr. 4, 2. Stod, Zimmer Nr. 139.

Der Antrag auf Eröff-nung des Vergleichsver-fahrens nebst seinen An-lagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6 zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.

Karlsruhe, 24. 3. 1930.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.

Q. 325. Karlsruhe. Über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Fels in Karlsruhe, Waldstraße 6, wurde heute nachmittag 5 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Bü-cherermeister Johann Rist in Karlsruhe, Hans-Thoma-Str. 5. Konkursforde-rungen sind bis zum 8. 4. 1930 beim Gerichte anzu-melden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubiger-ausschusses, zur Entschlie-ßung über die in § 132 der Konkursordnung be-zeichneten Gegenstände ist am Freitag, den 25. April 1930, vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der an-gemeldeten Forderungen am Freitag, dem 9. Mai 1930, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stod, Zimmer Nr. 150.

1930, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht, hier, Akademiestr. 6, 1. Stod, Zimmer Nr. 40. Wer Gegenstände d. Konkursmasse besitzt oder zur Masse et-was schuldet, darf nicht mehr an den Gemein-schuldner leisten. Der Bes-itz der Sache und ein An-spruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 8. April 1930 anzuzeigen.

Karlsruhe, 24. 3. 1930.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

Q. 327. Karlsruhe. Über das Vermögen des Johann Leibke, Sägemwerksbesitzer in Blantenloch, wurde heute nachmittag 6 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwal-ter ist Bucherermeister Wil-helm Fries in Karlsruhe, Georg-Friedrich-Str. 22. Konkursforderungen sind bis zum 1. Mai 1930 beim Gerichte anzumelden. Ter-min zur Wahl eines Ver-walters, eines Gläubiger-ausschusses, zur Entschlie-ßung über die in § 132 der Konkursordnung be-zeichneten Gegenstände ist am Freitag, den 25. April 1930, vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der an-gemeldeten Forderungen am Freitag, dem 9. Mai 1930, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stod, Zimmer Nr. 150.

Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 18. April 1930 anzuzeigen.

Karlsruhe, 24. 3. 1930.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 27. März 1930

* D 19. (Donnerstagmiete)

Tg. Gem. 3. S.-Gr. 1. Hälfte

Die Affäre Dreyfus

Schauspiel von Rehfisch und Herzog

Regie: Dr. Baag

Mitwirkende:

Bertram, Emarth, Genter, Schreiner, Jant, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, F. Gröbinger, Herz, Hiert, Göder, Hoppach, Ruff, D. Kienischer, Kloeble, Stuhne, Landgrebe, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Grimm, S. Kienischer, Lindemann, Luther, Rivinius, Seibert.

Anfang 19 Ende nach 22

Freitag, 28. März: Der Zigeunerbaron.

Sa., 29. März: Die Affäre Dreyfus. So., 30. März: Neu einstud. Die Jüdin.

Im Konzerthaus: Vater sein dagegen sehr.

Mo., 31. März: Sebastian-legend.

COLOSSEUM

Heute 8 Uhr

Sonntags 3 1/2 u. 8 Uhr

Das große bunte

Revue-Programm

mit Varieté-Einlagen

Montag, 31. d. M., zum letztenmal!

PORPHYRWERK

DOSENHEIM

HANS VATTER

DOSENHEIM A. S. BRÜGGE

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARNBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL